

## Analyse

# Ethnonationalismus in Kirgistan

## Die Ereignisse im Juni 2010

Von Judith Beyer, Halle/Saale

### Zusammenfassung

In Kirgistan ist seit der Unabhängigkeit unter wechselnden Regierungen ein Staat errichtet worden, der sich an der Sprache, an imaginierten Ursprüngen, an der neu geschriebenen Geschichte und an als »typisch kirgisisch« verstandenen Werten und Traditionen orientiert. Andere ethnische Gruppen werden geduldet, aber nicht aktiv in den Prozess der Nationswerdung einbezogen. Der Konflikt zwischen ethnischen Kirgisen und ethnischen Usbeken im Juni 2010 geht daher nach Ansicht der Autorin nicht auf weit in der Vergangenheit liegende historische Unterschiede zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen oder die Problematik der Grenzziehung in der Sowjetzeit zurück. Das Problem liegt vielmehr darin, dass in den letzten zwanzig Jahren kirgisische Ethnizität zum Hauptmarker kirgisischer Staatlichkeit gemacht wurde.

Im Juni diesen Jahres wurde der Süden Kirgistans von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kirgisen und Usbeken erschüttert, bei denen viele Menschen zu Tode kamen und große Teile der Städte Osch und Dschalalabad sowie zahlreiche weitere Orte zerstört wurden. Die Todesopfer der Gewalt, die nur langsam abebbt, wurden zunächst von der Übergangsregierung auf bis zu 2.000 Menschen geschätzt. Diese Zahl wurde seither nach unten korrigiert, doch immer noch fehlen verlässliche Angaben. Internationale wie auch lokale Menschenrechtsorganisationen berichten, dass vor allem ethnische Usbeken Opfer der Gewalt waren. Aber auch ethnische Kirgisen flohen aus den Städten aufs Land oder in den Norden Kirgistans. Auch sie verloren ihre Häuser, wurden angeschossen oder getötet. Augenzeugen schilderten Erschießungen, Massenvergewaltigungen, Geiselnahmen und gezielte Verstümmelungen. Die usbekische Bevölkerung hatte zu ihrem Schutz vor Angriffen »SOS« an ihre Hauswände und auf die Dächer geschrieben. Andere Wohnhäuser und Läden waren mit dem Wort »Kirgisisch« versehen. Immer wieder sah man Parolen wie »Usbeke stirb«. Die Übergangsregierung wirkte angesichts der Situation hilflos und erstarrt. Ihr Aufruf an Russland, dem Land beizustehen und Truppen zu senden, verhallte ungehört. Der russische Präsident Dmitrij Medwedjew und sein usbekischer Amtskollege Islam Karimow waren sich darin einig, dass es sich um eine innere Angelegenheit des kirgisischen Staates handele. Über 75.000 ethnische Usbeken, meist Frauen, Kinder und Alte, flüchteten vor der Gewalt in das benachbarte Usbekistan und wurden dort von der usbekischen Regierung in Flüchtlingscamps aufgenommen. Die meisten von ihnen trafen am Vortag des Verfassungsreferendums, das für den 27. Juni angesetzt war,

wieder in Kirgistan ein und kehrten zu den zurückgebliebenen Familienvätern zurück, die sich verbarrikadiert und teilweise bewaffnet hatten. Aus ihren Wohnvierteln trauten sich nur die wenigsten: zu viele Berichte gab es darüber, dass ethnische Usbeken von ihrer Suche nach internationalen Hilfsgütern, die den Süden des Landes langsam erreichten, nicht mehr zurückgekehrt seien oder dabei von »Leuten in Uniform« abgewiesen, beleidigt oder misshandelt wurden. Die Wahlbeteiligung am Tag des Verfassungsreferendums, das trotz des Konflikts durchgeführt wurde, fiel daher im Süden des Landes am geringsten aus. Die Wahl fand unter hohen Sicherheitsvorkehrungen statt – ungefähr 8.000 Polizisten und 12.000 freiwillige Helfer waren landesweit im Einsatz. 70 % der insgesamt 2,7 Millionen Wahlberechtigten gingen an die Urnen und 90 % von ihnen stimmten für die neue Verfassung. Die höchste Zustimmungsrate wurde aus den nördlichen Gebieten des Landes gemeldet. Rosa Otunbajewa legte am 3. Juli ihren Amtseid als Präsidentin ab und stellte am 14. Juli ihre neue Regierung vor. Diese muss sich nicht nur mit der desolaten wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes auseinandersetzen, sondern vor allen Dingen die Ereignisse im Juni aufarbeiten. Doch worum ging es bei diesen Ereignissen eigentlich?

### Ethnizität als Ursache der Gewalt?

In einer Regierungserklärung vom 16. Juni bezeichnete Rosa Otunbajewa die Gewalt in Südkirgistan als eine neue Art von Terrorismus, bei dem inter-ethnischer Konflikt als moderne Waffe zur Massenvernichtung eingesetzt worden sei. Für Otunbajewa und große Teile der Bevölkerung war bereits zu Beginn der Eskalation klar, dass Anhänger des Anfang April aus dem Amt gejag-

ten Ex-Präsidenten Kurmanbek Bakijew die Verursacher des gegenwärtigen Konflikts seien. Diese versuchten nun gemeinsam mit organisierten Kriminellen den kirgisischen Staat zu destabilisieren, um mit aller Gewalt das für den 27. Juni angekündigte Referendum zu verhindern. Wenige Tage vor dem Urnengang legte der nationale Sicherheitsdienst des Landes eine Komplott-Theorie vor, der zufolge Bakijew und seine Familie mit der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) und der Islamischen Dschihad-Union (IDU) einen Pakt abgeschlossen haben sollen. Unter anderem seien Taliban beauftragt worden, in Südkirgistan Gewalt auszulösen, indem gezielt Vertreter der beiden großen ethnischen Gruppen getötet wurden. Darüber hinaus macht der Sicherheitsdienst auch die Leiter der usbekischen Kulturzentren und einige Minister der alten Regierung verantwortlich. Die Behörde legte jedoch keinerlei Beweise für diese Behauptungen vor, und die Tatsache, dass sie in so kurzer Zeit mit einer derart detaillierten Darstellung aufwarteten konnte, macht ihre Version der Ereignisse fragwürdig. Von den Vereinten Nationen wurde lediglich bestätigt, dass der Konflikt von Dritten geplant worden sei. Aber dennoch waren es die Bürger des Landes, die Schusswaffen, Stöcke oder Äxte ergriffen und aufeinander losgingen. In der Bevölkerung und den internationalen Medien sprach man von einem »ethnischen Konflikt«. Sogar von »Genozid« und »ethnischer Säuberung« war die Rede. Es wurden Parallelen zu Ruanda und Jugoslawien gezogen. Angesichts dieser dramatischen Darstellung scheint die größte Sorge der Übergangsregierung zu sein, dass ethnische Kirgisen einseitig als »Täter« dargestellt werden könnten. Sie hält daher an ihrer Komplotttheorie fest. Bakijew selber hatte bereits zu Beginn der Gewaltwelle in seinem selbst gewählten Exil in Weißrussland erklärt, er habe nichts mit der Sache zu tun. Am 15. Juli setzte Otunbajewa eine nationale Kommission ein, die nun herausfinden soll, was im Süden des Landes tatsächlich geschehen ist. Für viele außenstehende Beobachter ist jedoch bereits jetzt klar, dass Ethnizität nicht der Auslöser für, sondern eher das Mittel zur Eskalation war. Wie konnte es aber dazu kommen, dass ethnische Zugehörigkeit zurzeit das dominante Identifikationsmerkmal vieler Staatsbürger Kirgistans ist?

### Historische Hintergründe

Kirgisen und Usbeken blicken in Südkirgistan auf eine langjährige, komplexe und nicht immer unproblematische Beziehung zurück. Doch stets waren sie auch Nachbarn, Freunde und Kollegen. Momentan jedoch scheint das Identifikationsmerkmal »Usbeke« vs. »Kirgise« alle

anderen zu überlagern. Man kann die Ursache für die Ethnisierung des Konflikts in der weit zurückliegenden Vergangenheit suchen: in der Nationalitätenpolitik des zaristischen Russland oder der Sowjetunion. Über einen Zeitraum von hundertfünfzig Jahren wurden die zahlreichen Bevölkerungsgruppen Zentralasiens, die sich zuvor hauptsächlich durch ihre unterschiedlichen Lebensweisen und ihre Siedlungsräume voneinander unterschieden, künstlich in ethnische Gruppen aufgeteilt. Nach dieser formalen Abgrenzung folgte in der Sowjetzeit die nationale Eingrenzung nach gemeinsamer Sprache, Territorium, Wirtschaftsform und »Mentalität.« Auch hier wurde auf das Selbstverständnis der Bevölkerung keine Rücksicht genommen. Die Stadt Osch und ihr Umland, die im Jahr 1924 zunächst Teil der Usbekischen Sowjetrepublik waren, wurden 1936 der Kirgisischen ASSR zugeschlagen, die erst durch diese Vergrößerung den Status einer Unionsrepublik erhalten konnte. Im Laufe der Jahrzehnte wanderten immer mehr, nun als ethnisch kirgisisch klassifizierte, Bewohner aus den ländlichen Regionen in die Städte. Ohne Wohnung oder eigenes Land sowie ohne soziale Netzwerke waren sie gegenüber der seit langem in Osch ansässigen Bevölkerung, die als ethnisch usbekisch klassifiziert worden war, im Nachteil. Die daraus entstehenden Spannungen, die auch in anderen Regionen Zentralasiens auftraten, wo lokale Identitäten durch ethnische und nationale Politik unterdrückt wurden, versuchte die sowjetische Führung durch die Losung »national in der Form, sozialistisch im Inhalt« zu lösen. Durch eine integrative Sprach- und Bildungspolitik mittels Russifizierung sollten kulturelle Differenzen nivelliert werden. Die Gleichheit und Brüderlichkeit aller Sowjetbürger wurde betont. Allerdings wurde die Nationalitätenfrage nie gelöst. Im Jahr 1990 starben im sogenannten Osch-Konflikt 120 Menschen und Tausende wurden verletzt. Der damalige Konflikt zwischen Usbeken und Kirgisen war durch Landmangel, Arbeitslosigkeit, Siedlungsdruck sowie einen zunehmenden ethnischen Nationalismus ausgelöst worden. Er wurde bisher nicht aufgearbeitet, ist aber im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung weiterhin verankert und wird nun von den ethnischen Usbeken als Parallele zu den jetzigen Ereignissen herangezogen.

Genauso ungelöst sind die sozio-ökonomischen Probleme. Sowohl der erste Präsident Kirgistans, Askar Akaev, wie auch sein Nachfolger Bakijew verfolgten in erster Linie ihre eigenen finanziellen Interessen und versorgten eine umfangreiche Klientel mit Posten und Ressourcen. Sie wirtschafteten das zentralasiatische Land systematisch an den Rand des Ruins. Dies förderte den Unmut in der Bevölkerung – nicht nur gegen die

Regierung, sondern zunehmend auch gegen Mitglieder anderer ethnischer Gruppen, die oft stereotyp als »reicher« angesehen werden. So versank Kirgistan in den letzten Jahren in einer Spirale von politischen Machtkämpfen, Nepotismus, Korruption, Kriminalität und Armut. Große Teile der Bevölkerung regeln ihre Probleme und Konflikte mittlerweile eher unter sich, als dass sie Behörden kontaktieren, von denen sie keine Hilfe mehr erwarten. Wenn man kein Geld hat, um Staatsdiener zu bestechen, dann bekommt man ohne soziale Netzwerke heutzutage in Kirgistan nur schwer eine Arbeit, ein offizielles Dokument oder gute Schulnoten. Aber auch hier sind Kirgisen weitaus besser aufgestellt als Mitglieder der weiteren achtzig registrierten ethnischen Gruppen des Landes, die oft im Berufsleben und im Alltag diskriminiert werden.

Doch auf die historischen Hintergründe des gegenwärtigen Konflikts zu verweisen um ethnische Animositäten zwischen zwei Bevölkerungsgruppen zu erklären, die als solche erst vor einem Jahrhundert geschaffen wurden, trägt einem Hauptkriterium ethnischer Identifikation nicht genügend Rechnung: Ethnische Unterschiede müssen kontinuierlich gepflegt worden sein, damit sich heute »Usbeken« und »Kirgisen« gegenüberstehen können. Nicht die Vergangenheit ist somit der Schlüssel zum Verständnis dafür, warum Gewalt in Kirgistan ethnisiert wird, sondern die unmittelbare Gegenwart.

### Die genealogische Konstruktion des kirgisischen Staates

Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991 haben sich die verschiedenen Regierungen einer ethno-nationalistischen Ideologie verschrieben. Wie in den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken orientierte sich die Nationsbildung hauptsächlich an der Titularnation. Die meisten öffentlichen Ämter wurden mit ethnischen Kirgisen besetzt, so auch bei Militär und Polizei. Die Geschichte Kirgistans wurde neu geschrieben und auf die Geschichte der ethnischen Kirgisen reduziert. Diese richtet sich vor allem am Epos »Manas« aus, benannt nach dem mythischen Volkshelden und Kriegsführer, auf den sich die Kirgisen als einigenden Vorfahren berufen. Die neue post-sowjetische Identität des kirgisischen Staates ist somit eng an genealogische Konstruktionen gekoppelt und schließt Nicht-Kirgisen aus. Viele ethnische Kirgisen berufen sich auf die kriegerische Vergangenheit ihres »Volkes« und ziehen hieraus einen gewissen Stolz gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Als im April Präsident Bakijew aus dem Amt gejagt wurde, war es für die ethnischen Kirgisen kein Wunder, dass die Proteste in der Provinz Talas begonnen hatten: Talas wird als der

Geburtsort von Manas betrachtet, und die Menschen dort erzählen besonders gerne, dass die Kirgisen ein unbändiges »Kriegervolk« seien. Mitte Juni setzten sich zahlreiche Fahrzeuge mit jungen kirgisischen Männern aus den nördlichen Regionen in Bewegung, um in den Konflikt im Süden aktiv einzutreten. Es liegt somit auf der Hand, dass bei einer umfassenden Analyse dieser Ereignisse nicht nur historische Vorbedingungen, sondern auch Sozialisation, Gender-Rollen und eine Verherrlichung von Gewalt zu berücksichtigen sind. Diese mag es auf Seiten der ethnischen Usbeken ebenso geben sein, allerdings stellen die Kirgisen auch im Süden mittlerweile die größte Bevölkerungsgruppe.

### Die gleichen Fehler

Seit dem Bestehen des postsowjetischen kirgisischen Staats hat es kaum Bemühungen gegeben, eine plurale, auf Integration aller Bevölkerungsgruppen basierende Gesellschaft zu fördern. Dies ist Ausdruck politischer Kurzsichtigkeit und darauf zurückzuführen, dass es ethnische Kirgisen sind, die Politik und Gesetze machen und sie selbst davon ausgehen, dass Kirgistan das Land der Kirgisen ist. Trotz ihrer Rhetorik des »harmonischen Zusammenlebens« haben die wechselnden Regierungen Kirgistans einen Staat errichtet, der sich an der Sprache, den imaginierten Ursprüngen, der neu geschriebenen Geschichte und den als »typisch kirgisisch« verstandenen Werten und Traditionen orientiert. Andere Nationalitäten werden nur geduldet, solange sie die »Gastfreundschaft« der Titularnation zu schätzen wissen. Wenn Otunbajewa zunächst vom »Volk der Kirgisen« redete und erst explizit von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Land aufgefordert werden musste, vom »kirgisischen Volk« zu sprechen, verrät dies, dass auch sie im Prinzip ethnonationalistisch denkt. Dies zeigte sich zum Beispiel während der staatlichen Trauerfeier zum Gedenken an die Opfer vom 7. April. Die Toten, so das offizielle Narrativ der Übergangsregierung, seien »kirgisische Helden« und wären für »die Kirgisen« gestorben. Nicht-kirgisische Bürger wurden somit von der Trauer ausgeschlossen. In den folgenden Tagen tauchten am Zaun des Weißen Hauses immer mehr Plakate auf, auf denen Trauer im Namen weiterer ethnischer Gruppe bekundet wurde – durch Dunganen, Uighuren oder Koreaner. Im Angesicht des Blutvergießens war es anscheinend nicht möglich, seine Trauer einfach als Staatsbürger zum Ausdruck zu bringen. Bis die anderen Volksgruppen nachzogen, blieb dies eine Angelegenheit der ethnischen Kirgisen allein.

Nach den aktuellen Ereignissen im Süden des Landes versucht die Interimsregierung nun, eine neue Meta-

ebene herzustellen, auf der die in der Bevölkerung gefühlten Unterschiede zwischen »Usbeken« und »Kirgisen« nivelliert werden können. Um eine weitere Eskalation entlang ethnischer Linien einzudämmen, ließ die Interimsregierung während des Konflikts im Süden des Landes Flugblätter verbreiten, in denen daran erinnert wurde, dass Usbeken und Kirgisen »Brüder« seien und man einander verzeihen solle. Der Mufti von Bischkek und Omurbek Tekebajew, der stellvertretender Premier der bis Mitte Juli amtierenden Übergangsregierung, appellierte an die Bewohner des Landes, dass alle Kirgisen und Usbeken »Kinder des Islams« seien. Doch weder die sowjetische Rhetorik des brüderlichen Zusammenlebens noch der Verweis auf eine gemeinsame Religion bieten momentan plausible alternative Identifikationsmodelle. Zum einen, weil in der Sowjetunion Muslim-Sein ein Indikator für und keine Alternative zur ethnischen Identität war; zum anderen, weil der Ethnonationalismus der letzten zwanzig Jahre nicht-ethnische Kirgisen systematisch ausgegrenzt hat. Ethnologische Forschungen in Südkirgistan haben gezeigt, dass sich auch aus diesem Grund ethnische Usbeken in Kirgistan zunehmend an der nationalen Staatsideologie des usbekischen Präsidenten Islam Karimow orientieren. Während sie in den letzten Jahren die Auswanderung nach Usbekistan aufgrund der dortigen repressiven Politik nicht in Erwägung gezogen haben, werden die aktuellen Geschehnisse ihre Einstellung dazu maßgeblich verändern. Es ist allerdings fraglich, ob es in der usbekischen Nation einen Platz für sie geben wird. Die Tatsache, dass alle Flüchtlinge am Vortag des Verfassungs-

referendums wieder zurück nach Kirgistan geschickt wurden, deutet auch darauf hin, dass sie in Usbekistan nicht willkommen sind.

Während im Juni 2010 Ethnizität somit nicht der Auslöser für, sondern das Mittel zur Gewalt war, besteht nun die Gefahr, dass sich die Spannungen zwischen den beiden ethnischen Gruppen vergrößern. Der neu angenommene Verfassungstext, der von westlichen Verfassungsexperten zum großen Teil positiv bewertet wurde, sagt nichts darüber aus, wie das Zusammenleben der über achtzig ethnischen Gruppen im Land geregelt werden soll. Aus den Artikeln lassen sich zum Beispiel keinerlei Veränderungen für den Status der ethnischen Usbeken im Land ableiten. Weder ist Usbekisch als offizielle Sprache anerkannt, wie es seit langem von großen Teilen der usbekischen Minderheit gefordert wird, noch werden ethnischen Gruppen politische Repräsentation in staatlichen Institutionen über eine Quotenregelung zugesichert. Ethnische Minderheiten werden im Verfassungstext nicht erwähnt. In mehreren Artikeln heißt es in der neuen Version jedoch, dass niemand aufgrund seiner ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert werden darf. Doch dass sich aus dieser Bestimmung auch tatsächlich eine neue Handhabung von Ethnizität im Lande entwickelt, darf ohne weitergehende Bemühungen der Regierung und zivilgesellschaftlicher Institutionen nicht erwartet werden. Die aktuellen Verhaftungen von hauptsächlich ethnischen Usbeken in Kirgistan weisen nicht darauf hin, dass die nun amtierenden Politiker aus den vergangenen Fehlern gelernt haben.

#### *Über die Autorin:*

Dr. Judith Beyer ist Ethnologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Projektgruppe »Rechtspluralismus« am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle/Saale. Sie forscht seit zehn Jahren in und zu Kirgistan und hielt sich während des Konflikts in der nördlichen Provinz Talas zu einer Feldforschung auf.

#### *Lesetipps:*

- Madeleine Reeves, Getting To The Roots Of Resentment In Kyrgyzstan, Radio Free Europe / Radio Liberty, July 04, 2010, = [http://www.rferl.org/content/Getting\\_To\\_The\\_Roots\\_Of\\_Resentment\\_In\\_Kyrgyzstan/2090331.html](http://www.rferl.org/content/Getting_To_The_Roots_Of_Resentment_In_Kyrgyzstan/2090331.html)
- Boris Petric, Kyrgyz and Uzbeks in Osh: Just another local interethnic conflict?, Ferghana.ru, Central Asia News, 20.6.2010, = <http://enews.ferghana.ru/article.php?id=2642>
- Authorities Targeting Uzbeks for Abuse in Southern Kyrgyzstan, Eurasianet, July 19, 2010, = <http://www.eurasia-net.org/node/61554>